

# *Solidarität*

## *unsere Chance*

S 5,--

---

### **Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees**

1160 Wien, Ottakringer Straße 242/4/15

E-Mail: <mailto:oesolkom@yahoo.de>

Spendenkonto bei der PSK: Nr. 79.348.267, lautend auf Dr. Wilfried Leisch,  
Verwendungszweck: ÖSK

---

INHALT: Keine Zerschlagung der Sozialversicherung / PLATTFORM-Unterschriftenaktion / PLAKAT/  
Versicherungspflicht-Pflichtversicherung? / Kranke Sozialversicherung? / Wiener Wahlen

# **Gegen die Zerschlagung und Privatisierung der Sozialversicherung!**

## Editorial

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

In den letzten Jahren hat sich die Situation für die arbeitenden Menschen immer mehr zugespitzt. Das kommt in Österreich besonders stark zum Tragen, seitdem die schwarz-blaue Regierung angetreten ist die Profite für die Unternehmer noch mehr zu maximieren, den Staat umzubauen und den arbeitenden Menschen immer mehr erkämpfte Rechte wegzunehmen. Neben den "Reformen" der Grasser-Partie, die die arbeitenden Menschen reale Einkommensverluste und den Finanzminister für die Umverteilung zu den Unternehmern Milliardeneinnahmen ins Budget in Rekordhöhe brachte, neben der "Spitzelaffäre", dem Griff nach dem ORF und der Zulassung einer Medienkonzentration die weltweit ihresgleichen sucht, ist der Angriff auf die Sozialversicherung, die in den Medien und von der FPÖVP gerne bloß auf die Person des Präsidenten des Hauptverbandes, Hans Sallmutter, konzentriert wird, der bisherige Höhepunkt der Angriffe auf die Bevölkerung.

Was nicht gesagt wird: Hier geht es um einen Markt von 460 Milliarden Schilling, den sich die Privatversicherungen unter den Nagel reißen wollen, auf Kosten unserer Gesundheit und Existenzgrundlage.

Auch durch den Sieg der SPÖ bei den Wiener Wahlen werden sich die blau-schwarzen Koalitionäre nicht bremsen lassen wollen, eher ist anzunehmen, dass sie noch blindwütiger agieren werden.

Das heißt aber auch, dass die Angriffe auf die Sozialversicherung weitergehen werden. Wie schon bei der Pensionsdebatte soll auch hier verbreitet werden, dass die soziale

Krankenversicherung nicht finanzierbar sei und sich jeder eben privat dazuversichern müsse - da liegt das große Geschäft für die Privatversicherer und die große politische Lüge begraben. Viele engagierte Menschen, Parteimitglieder Betriebsräte und Gewerkschafter haben eine offensive Haltung ihrer Spitzen bisher vermisst.

Um den Angriffen Ablehnung und Solidarität von unten entgegenzusetzen, wurden BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen aktiv und haben eine **PLATTFORM** ins Leben gerufen, die wir mitgegründet haben: Erster Schritt: Eine Unterschriftensammlung **GEGEN DIE ZERSCHLAGUNG DER SOZIALVERSICHERUNG!**

BITTE UNTERSTÜTZT die Aktivitäten. Dazu gibt es eine **UNTERSCHRIFTENLISTE**, ein **PLAKAT** und eine Argumentationshilfe. Bitte kopiert die Listen und gebt sie weiter. Sammelt im Betrieb und auf der Straße. Schickt die Listen an uns, wir geben sie an die Proponenten (GPA) weiter.

Über weitere Aktivitäten informieren wir Euch natürlich. Wer schnelle Information will, der gibt uns neben seiner Adresse auch seine/ihre E-Mail-Adresse bekannt.

Unser E-mail-Adresse: **oesolkom@yahoo.de**

**Wer unsere Zeitung „Solidarität – unsere Chance“ künftighin beziehen will, schickt uns bitte ein E-Mail oder zahlt auf unser Spendenkonto (siehe Zeitungskopf) per Erlagschein für ein Abo oder eine Spende ein.**

\*

---

Das Solidaritätskomitee hat seit Beginn der offenen Angriffe auf die Sozialversicherung und den Hauptverbandspräsidenten Hans Sallmutter Ende Jänner in vielfacher Weise reagiert. Nachfolgend die Presseaussendung von Anfang März in Form eines offenen Briefes.

Presseaussendung des Österreichisches Solidaritätskomitees

Offener Brief

### **Solidarität mit Kollege Sallmutter!**

Die Angriffe auf Dich Kollege Sallmutter, die schon seit Jahren gehen und Methode haben, erreichen ihren bisherigen Höhepunkt. Diese Angriffe gegen Dich als Präsidenten des Hauptverbandes der Sozialversicherung, engagierten Gewerkschafter und GPA-Vorsitzenden, gelten unserer Meinung nach allen arbeitenden Menschen. Die schwarz-blaue Regierung will in einem in der Zweiten Republik noch nie dagewesen autoritären Stil alle mundtot machen und auswechseln - wie sagte Haider bereits auf einer Parteiveranstaltung in anderem Zusammenhang: "beseitigen" - welche die Regierung kritisieren. Vizekanzlerin Riess-Passer sagte dies ganz offen. Sie wollen also nur absolute Gefolgsleute. Kadavergehorsam. Das gab es schon einmal. Es war nicht zufällig, dass ein von den blauen Recken der NAZI-Buchstabierer an die Spitze des Hauptverbandes, an Deine Stelle, gehoben werden sollte.

Der Umbau in einen autoritären Staat ist voll im Gang. Die "Partei des kleinen Mannes", wie sich die blauen gerne titulieren, die wie die ÖVP das Motto weniger Staat mehr Privat predigen, will die primär von den Vertretern der Arbeiter und Angestellten durchgeführte Selbstverwaltung in der Sozialversicherung via Staatsmacht kalt übernehmen, entgegen aller bisherigen Gepflogenheiten, Vereinbarungen, ja sogar Verträgen und Gesetzen.

Nachdem die AK-Wahl, die für die personelle Zusammensetzung der Verwaltung der Sozialversicherung die gesetzliche Grundlage bildet, für die FP katastrophal ausging, will die FPÖVP-Koalition Dich Kollege Sallmutter kalt abschießen, damit sie umgehend ungehindert die Zerschlagung und Privatisierung der Sozialversicherung beginnen können.

Die Angriffe richten sich gegen alle ArbeitnehmerInnen vom Betriebsrat bis zu Gewerkschafts- und AK-Funktionären, die sich nicht in ihrem Weg, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten, beirren und abbringen lassen wollen. Du lieber Kollege Sallmutter, bist ihnen deswegen so ein Dorn im Auge, weil Du von entscheidender Stelle aus für die Versicherten eintrittst und sie vor den Auswirkungen der Regierungsmaßnahmen - Stichwort: "Zwei-Klassen-Medizin" - warnst.

Statt Deine Person und Position in Frage zu stellen, bzw. das jahrzehntelang bewährte und für die Versicherten im Vergleich zu den Privatisierungsplänen der Regierung günstige Sozialversicherungssystem zu zerschlagen, sollte die Regierung sich daran machen, endlich die Privilegien der schon heute im Gesundheitssystem sich breit machenden Profiteure aus dem Pharma- und Ärztebereich, welche die Hauptverantwortlichen für das Defizit in den Kassen sind, abzubauen.

## **Gegen die Zerschlagung und Privatisierung der Sozialversicherung Solidarität ist unsere Stärke, Widerstand unsere Chance!**

Wien, den 2. März 2001

Für das Österreichische Solidaritätskomitee, die Betriebsräte  
Wilfried Leisch, Peter Düringer

Kontakt: [peter.dueringer@mcn-city.at](mailto:peter.dueringer@mcn-city.at)  
Tel. 0664/230 34 39

Wilfried Leisch: [w.leisch@yline.com](mailto:w.leisch@yline.com)  
Tel.: 01 480 60 40

### **Antwort von Kollegen Sallmutter**

(14. März 2001)

Werter Kollege Leisch, werter Kollege Düringer !

Ich danke euch ganz herzlich für eure Unterstützung in der laufenden Auseinandersetzung um die Sozialversicherung. Ich teile eure Ansicht, dass es bei dieser "Sallmutter-raus"-Diskussion im Kern gar nicht um meine Person geht, sondern um nichts weniger als um die Zerschlagung des solidarischen Sozialversicherungssystems in Österreich. Welche Gefahren nach einer Preisgabe der staatlichen Verantwortung für die soziale Sicherheit auf uns lauern, das haben uns die Ergebnisse der Politik von Margaret Thatcher veranschaulicht. Es ist mir daher völlig unerklärlich, wieso die blau-schwarze Regierung nun auch bei uns den Weg der "Zwei-Klassen-Medizin" einschlagen möchte.

Befremdet bin ich auch über gewisse autoritäre Tendenzen dieser Regierung. Politik mit der Brechstange geht vor Dialog und Konsenssuche. Es ist daher nur folgerichtig, dass die Regierung verlorene (AK-)Wahlen in einen gewonnenen Machtpoker umwandeln möchte. Handstreichartig wurden und werden auch zahlreiche andere staatliche bzw. staatsnahe Posten "umgefärbt". Dazu kommt noch ein Justizminister, der die Verfolgung Oppositioneller wegen Landesverrats zumindest für keinen verwerflichen Denkansatz hält.

Es gibt also, werte Kollegen, für uns Gewerkschafter auch in Zukunft eine Menge zu tun, wenn wir uns für Demokratie und soziale Stabilität einsetzen wollen.

Mit kollegialen Grüßen  
Hans Sallmutter  
Vorsitzender

# UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

# Keine Zerschlagung der Sozialversicherung!

Wir sind empört, mit welcher Kaltschnäuzigkeit diese Bundesregierung ihre offensichtlichen Ziele, bestens funktionierende Sozialeinrichtungen zu zerschlagen, verfolgt.

Die 460 Milliarden Schilling Beiträge der Sozialversicherten sollen dem privaten Versicherungsmarkt zugeführt werden. Wir sehen darin eine Gefährdung des bislang hervorragenden Gesundheitssystems.

Insbesondere verwahren wir uns schärfstens dagegen, wie dabei mit von uns gewählten Vertretern dieser Einrichtungen umgegangen wird.

Wir können, wollen und werden nicht weiter zusehen, wie mit fadenscheinigen und teilweise bewusst falschen Aussagen der Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Hans Sallmutter, abgesetzt werden soll, um dann umso leichter die Sozialversicherungen zerstören zu können.

Die nachstehend angeführten Proponenten zeigen die Gefahren auf und wollen als BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen österreichweit mit einer Unterschriftenaktion gegen diese Zerschlagung auftreten:

*Karl Casagrande, Wien; Michael Fiala, Niederösterreich; Walter Gelbmann, Vorarlberg; Erika Helscher, Wien; Bernhard Hirner, Steiermark; Walter Hofstadler, Oberösterreich; Wilfried Leisch, Wien; Erich Neumärker, Wien; Peter Weidner, Wien.*

## UNTERSCHRIFTENLISTE – Keine Zerschlagung der Sozialversicherung

Name	Adresse	Unterschrift

Die Unterschriftenaktion läuft bis zum **31. 5. 2001**. Bitte kopieren und weitergeben!

Rücksendung der Listen bitte an **Österreichisches Solidaritätskomitee**, 1160 Wien, Ottakringerstraße 242/4/15 – Wir geben dann die Listen an die Proponenten (GPA) weiter.

INFO zur Unterschriftensammlung

## Gegenüberstellung Pflichtversicherung – Versicherungspflicht

<b>Pflichtversicherung (gesetzliche Krankenversicherung)</b>	<b>Versicherungspflicht (Privatversicherungen)</b>
Gleiche Leistungen für alle Anspruchsberechtigten, unabhängig von Geschlecht, Alter und Vorerkrankungen. <b>Kein Riskenausschluss!</b>	Gesundheitszustand, Geschlecht und Alter sind wesentliche Kriterien für die Prämienhöhe und den Leistungsumfang. <b>Riskenausschluss!</b>
Beitragsfreie Mitversicherung von Angehörigen ohne Leistungsbeschränkung.	Prämienzahlung für jede versicherte Person - auch für nicht berufstätigen Ehepartner und die Kinder.
Soziale Gerechtigkeit durch lohn-, gehalts- bzw. pensionsabhängige Krankenversicherungsbeiträge.	Finanzielle Überforderung einzelner Personengruppen durch hohe Versicherungsprämien, wie z.B. schon jetzt durch starke Anhebungen der Prämien der Pensionisten für private Zusatzversicherungen.
Übersichtliche Tarifgestaltung, weil für einen einzigen Beitrag Anspruch auf alle Gesundheitsleistungen gegeben ist.	Unübersichtliche Tarifvielfalt aufgrund verschiedener Tarife für einzelne Leistungen, Sonderbestimmungen, usw.
Gesetzlicher Leistungsanspruch: Welche Leistungen die Krankenkassen zu erbringen haben, ist gesetzlich geregelt und es besteht größtenteils ein durchsetzbarer Rechtsanspruch.	Vertragliche Leistungen: Die Leistungsansprüche werden durch diverse Versicherungsbedingungen geregelt.
Der Beitragssatz wurde seit 1974 nur zweimal erhöht, und zwar jeweils in Verbindung mit der Einführung neuer Leistungen.	Prämien werden häufig erhöht.
Nicht gewinnorientiert.	Gewinnorientiert.
Versichert ist automatisch, wer bestimmte, im Gesetz geregelte Bedingungen erfüllt.	Versichert ist nur derjenige, dessen Antrag von der jeweiligen Versicherung angenommen wird.
Behandlung erfolgt unabhängig vom Ausmaß der benötigten Leistungen und ohne zeitliche Begrenzung.	Die Versicherungssumme kann z.B. nicht zur Abdeckung der Kosten für eine Organtransplantation ausreichen und die Versicherung kann - wenn zu viele Leistungen benötigt werden - vom Versicherungsunternehmen auch wieder gekündigt werden.

Quelle: GPA

## **Kranke Sozialversicherung?**

Schwarzblau gibt vor für die arbeitenden Menschen zu sein wenn sie Beitragserhöhungen in der Sozialversicherung ablehnen. Unter diesem Deckmantel wird von einfachen Wegen der Sanierung abgelenkt und die „Begründung“ für die Zerschlagung und Privatisierung der Sozialversicherung geliefert. Dabei wird von mehreren Tatsachen abgelenkt. Die jetzigen Finanznöte der Sozialversicherungen kommen vor allem von den hohen Medikamentenkosten und den Ärztehonoraren. So stiegen allein die Medikamentenpreise zwischen 1997 und 2000 um 8 Milliarden Schilling. Für die Profite der Pharmaindustrie sollen jetzt die arbeitenden Menschen erneut zu Kasse gebeten werden. Und die gleiche schwarzblaue Regierung, die das Defizit bei den Kassen aus Vorwand für eine Zerschlagung nimmt, hat im Jahr 2000 Gesetze beschlossen, die den Unternehmeranteil an der Sozialversicherung herabsetzte und somit bei den Kassen fehlt. Der Verwaltungsaufwand hingegen, der als alleinige Ursache für die „Misere“ hingestellt wird, macht hingegen gerade 3,6 % der Gesamtausgaben der Krankenversicherung in Höhe von 133,7 Milliarden Schilling (1999) aus und wurde überdies in den letzten Jahren gesenkt. Zum Vergleich: In Ländern mit privater Krankenversicherung macht der Verwaltungsaufwand 15 – 25% der Gesamtkosten aus! Darüber hinaus würde die von der FPÖ forcierte Verlagerung des Gesundheitssystems von den Spitälern und Ambulatorien hin zum privaten Arzt (erster Schritt war eben die Ambulanzgebühr) eine weitere und erhebliche Verteuerung des Krankseins für die Menschen bedeuten. Denn wenn jeder Arzt die Geräte haben soll, die jetzt in Spitälern oder Ambulatorien für viele Menschen zur Verfügung stehen, dann verdient nur die Medizintechnikgeräte-Industrie. Die Ärzte werden sich verschulden (müssen) und das natürlich auf die Patienten abwälzen.

Die Zerschlagung der Sozialversicherung, die mit einem Köpferrollen beginnen soll, bedeutet also noch weiter steigende Kosten für die Versicherten, Auslieferung an private Versicherungskeiler ohne Sicherheit und verschlechterten Versicherungsschutz, Gesundheitsvorsorge und Krankenpflege für die "kleinen Leute".

Wenn jetzt das von den Kassen nicht oder kaum selbst verschuldete Defizit von 3,9 Milliarden Schilling für die Zerschlagungspläne der sozialen Kranken- und Pensionsversicherung erhalten muss, dann sei z.B. darauf verwiesen, dass allein eine Besteuerung von Vermögen in Österreich (die es dzt. gar nicht gibt bei uns) so wie es in den USA, Großbritannien oder Japan üblich ist, 140 Milliarden Schilling bringen würde (lt. Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte, Attac, siehe: Standard, 13.2.2001). Das würde nicht nur die Kassen-Debatte oder die Diskussion um die angeblich gefährdeten Pensionen erledigen, sondern das ganze sogenannte Budgetloch zweimal stopfen würde!

"Wir lassen uns nicht bremsen" hat Riess-Passer im Wahlkampf plakatiert. Wir aber lassen uns nicht überfahren!!!!!!! Die Argumente sind auf unserer Seite. Solidarität und Widerstand sind unsere Chance.

# ***Der Angriff auf Sallmutter***

***ist ein Angriff auf alle  
arbeitenden Menschen !***



***Gegen die Zerschlagung und  
Privatisierung der  
Sozialversicherung !***

***Solidarität unsere Chance!***

# Kein Ruhekissen

## **Der überwältigende Sieg seiner Partei und die eindeutige Absage an die Blauen hat selbst Bürgermeister Häupl überrascht.**

Dem gingen Gewinne der SPÖ und Verluste der FP in der Steiermark und noch deutlicher im Burgenland voraus. Alle Ergebnisse sind Ausdruck davon, dass die arbeitenden Menschen die schwarz-braune Regierung nicht wollen, dass sie bemerken, dass die "Reformen" nur auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Die Bevölkerung ist klüger, als es den Politikern und Magnaten lieb sein kann. Sie kann sehr wohl erkennen, was gespielt wird. Sie haben ja auch nicht mehrheitlich die FP 1999 in die Regierung gewählt. Das blieb einem Mascherltragenden 3.-Plätzler vorbehalten. Die Verluste der SPÖ waren der Ausdruck davon, dass deren Wähler von ihrer Partei anderes erwarten als Sparpakete und Unternehmensförderung. Die SPÖ-Wähler haben also 1999 mit den Füßen abgestimmt. Die SPÖ-Spitzen müßten endlich erkennen, dass nicht ihre Wähler die Schuld für die blau-schwarze Bundesregierung haben, sondern sie und ihre Ex-Spitzen selbst. Erkennen sie aber die jetzige Entwicklung, wo viele, angewidert von der FPÖVP-Politik - zunächst auf Landesebene - die SPÖ wieder wählen?

Bisher hat man noch nicht viel bis gar nichts davon gesehen, dass die SPÖ die Wende zu schwarz-braun dazu genutzt hätte, sich inhaltlich zu erneuern und echte Alternativen aufzuzeigen, d.h. an der Seite der arbeitenden Menschen endlich aktiv gegen die Unternehmer und Kapitalisten aufzutreten, anstatt die Sozialpartnerschaft und ein "soziales Unternehmertum" zu beschwören. Wenig hat man zur Unterstützung des Sozialversicherungs-Präsidenten Sallmutter gehört, als dieser im Trommelfeuer der Unternehmerangriffe stand. Höchst lau und auf "sich auf nichts festlegen" war auch der Wiener Wahl"kampf".

Wenn die jetzigen Zugewinne für die SPÖ von der Spitze nur dazu benutzt werden sollten, sich in Sicherheit zu wiegen und zu glauben, mit ihrer Politik dort fortsetzen zu können wo sie schließlich 1999 scheiterte, dann ist das ein gefährliches Spiel, das v.a. die arbeitenden Menschen treffen würde. Wer hofft, nur durch den Anfraß der Menschen auf die jetzige Regierung wieder in Regierungsgeschäfte zu kommen, ohne Lösungen für die Arbeiter und Angestellten anbieten zu müssen, wie es Blair in Großbritannien oder Schröder in Deutschland macht, der wird seine blauen Wunder erleben. Wer, ob in Partei- oder Gewerkschaftsspitze, weil ihm das Postenhemd näher als der Arbeitnehmerrock ist, so handelt, der ebnet den Rechten erst wirklich den Weg, weil er die letzten Hoffnungen der arbeitenden Menschen mit Füßen treten würde.

Schluß mit der vornehmen Zurückhaltung! Um einem weiteren Rechtsruck entgegenzutreten, brauchen wir mehr als je zuvor selbstbewusste und kämpferische Gewerkschaften. Alle Errungenschaften der arbeitenden Menschen wurden in harten Auseinandersetzungen erkämpft.

Die Unternehmer wollen gemeinsam mit der VP-FP-Rechtsregierung das Rad der Geschichte zurückdrehen, die Arbeitenden wieder zu Freiwild herabsetzen.

Gegen den heutigen Generalangriff der Unternehmer hilft nur der gemeinsame Widerstand der Arbeiter und Angestellten von unten. Wichtig ist, dass wir uns selbst einschalten und nicht glauben, dass die Politik, die Funktionäre oder gar die Chefs egal welcher Couleur – für uns schon alles regeln werden.



**Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?**

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden

Arbeiter hat sich damals das Österreichische Solidaritätskomitee gegründet, weil der Widerstand gegen Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.** Wer mitarbeiten will ist herzlichst eingeladen.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

**Wir danken für die Zuschriften, Abo-Zahlungen und Spenden, auf die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin angewiesen sind.**

**Mit solidarischen Grüßen**

**„Österreichisches Solidaritätskomitee“**

**Spendenkonto**

bei der PSK, Nr. 79.348.267

lautend auf Dr. Wilfried Leisch

beim Verwendungszweck bitte ÖSK, Abo oder Spende angeben

**Ich möchte die Zeitschrift „Solidarität unsere Chance“ beziehen:**

<input type="checkbox"/>	Eimal probeweise
<input type="checkbox"/>	Zum Abo-Preis von öS 50,- jährlich
<input type="checkbox"/>	Solidaritätspreis von öS 100,- jährlich

Name: .....

Adresse: .....

Zutreffendes bitte ankreuzen, kopieren und an uns mailen oder per Post schicken

**E-mail: [oesolkom@yahoo.de](mailto:oesolkom@yahoo.de)**

**ZUSCHRIFTEN BITTE AN:**

Österreichisches Solidaritätskomitee

Ottakringer Straße 242/4/15,

1160 Wien